

Dafür stehen wir: Das Programm der Jungen Liberalen zur EP-Wahl 2009*

© Junge Liberale Österreich

19. April 2009

1 Europa

Wir sind begeisterte Europäerinnen und Europäer. Europa ist unsere Heimat, unsere Träume und unsere Zukunft. Wir betrachten die Europäische Union als das erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte unseres Kontinents. Der friedliche und auf Freiwilligkeit basierende Zusammenschluss verschiedenartiger Staaten mit unterschiedlichsten Geschichten und Kulturen hat zu einem ungeheuren Reichtum und einer einzigartigen europäischen Identität geführt.

Die Europäische Einigung mit dem Ziel eines **föderalen Europäischen Bundesstaates** ist für uns alternativlos. Dabei sollen die Eigenheiten der Kulturen, insbesondere ihrer Minderheiten, gewahrt und gefördert werden und sich ohne den Zwang künstlicher Grenzen entwickeln können („Europa der Regionen“).

Ja zum EU-Reformvertrag. Die geltenden EU- und EG-Verträge sind für die Union der 27 unzureichend. Auch wenn es aus liberaler Sicht am Vertrag von Lissabon einige Kritikpunkte gibt, so weist er doch den Weg in die Zukunft eines effizienteren vereinten Europas und einer strukturell gut funktionierenden Union.

Verfassung für Europa. Längerfristig sollte Europa auch eine richtige Verfassung erhalten. Diese soll jedoch nicht ein Konvolut über hunderte Seiten werden, in dem jedes Detail geregelt wird, sondern – nach US-Vorbild – eine kompakte, allgemein verständliche Verfassung, die jede/r Bürger/in lesen, verstehen und sich damit

*Beschlissen am Bundesforum der JuLis am 19. April 2009 in Wien.

identifizieren kann. Dieses ehrgeizige Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn die Einwohner/innen Europas an dem verfassungsgebenden Prozess beteiligt werden. Als Junge Liberale fordern wir ein europaweit einheitliches, zeitgleiches Referendum zum Beschluss einer solchen europäischen Verfassung.

Parlament und Rat. Wir treten für ein demokratisches Europa mit klaren Strukturen ein. Für ein starkes, nach demokratischen Grundsätzen gewähltes, Europäisches Parlament, das mit einem Initiativrecht die Gesetzgebung gemeinsam und gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat wahrnimmt. Langfristig sollte der Europäische Rat sogar durch einen Europäischen Senat abgelöst werden.

Europa ins Herz seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir treten für ein transparentes Europa ein. Entscheidungen in Europa sind für den einzelnen Bürger oft nicht nachvollziehbar. Die Bürger in Europa werden sich für die Integration nur dann begeistern lassen, wenn sie merken, welchen Wert die Europäische Union für ihren Alltag und nachfolgende Generationen hat. Europaweite Volksentscheide können dazu beitragen. Die Europawahlen sollen am selben Tag stattfinden und die Möglichkeit zu europaweiten Listenverbänden sollte eingeräumt werden.

2 Außen- und Sicherheitspolitik

Die oberste Aufgabe der Europäischen Außenpolitik soll die **Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** in der Welt. Die in der Würde des Menschen wurzelnden unveräußerlichen Rechte dürfen von keinem Staat der Welt verletzt werden.

Als Junge Liberale stehen wir für eine **gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik**. Hierzu müssen langfristig Kompetenzen von den einzelnen Nationalstaaten auf die Europäische Union übergehen, was auch die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip auf Mehrheitsentscheidungen beinhalten soll. Die GASP umfasst alle außenpolitischen, entwicklungspolitischen und verteidigungspolitischen Fragen. In diesem Zuge soll auch ein neues, europäisches Ressort der Verteidigungspolitik entstehen, sowie gemeinsame diplomatische Vertretungen, die die nationalen Botschaften ersetzen sollen und das Amt eines Europäischen Außenministers geschaffen werden.

Wir fordern als Fernziel die Schaffung einer **Europäischen Armee**, die einem *gestärkten* Europäischen Parlament unterstellt sein soll. Dies kann auf dem Weg einer schrittweisen Integration der nationalen Streitkräfte sowie der verstärkten Kooperation als erste Vorläufer geschehen. Die Armee soll sich auf die tatsächlichen Aufgaben der heutigen Zeit spezialisieren und insbesondere eine schnelle Eingreiftruppe zur Verfügung stellen. Eine europäische Armee muss jedoch eine reine Berufarmee sein.

Wir fordern eine deutlich effizientere **Entwicklungszusammenarbeit**, die Armut gezielt durch Förderung von Projekten vor Ort bekämpfen soll. Sie darf jedoch keine lokalen Märkte zerstören und Fehlanreize setzen und muss spezielles Augenmerk auf Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz legen.

3 Bürgerrechte und Innereuropäische Sicherheit

Gegen den Überwachungsstaat. Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung als grobe Verletzung der Unschuldsvermutung vehement ab und fordern die Rücknahme der entsprechenden Richtlinie. Ebenso fordern wir eine Rücknahme des Abkommens zur Fluggastdatenübertragung mit den USA, die Aufnahme von biometrischen Daten in Ausweisdokumente.

Datenpiraterie. Im Zeitalter nahezu unbegrenzter Recherche-Möglichkeiten ist privaten Datensammlern mit klaren gesetzlichen Regelungen, die konsequent exekutiert werden, effektiver als bisher zu begegnen. Auch sind geeignete technische Lösungen, die verhindern, Opfer von Datenpiraterie zu werden, zu fördern.

Maßnahmen zur **Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität** innerhalb der Europäischen Union müssen notwendig, rechtmäßig und verhältnismäßig sein und unter Beachtung der jeweiligen nationalen Zuständigkeiten durchgeführt werden. Langfristig soll EUROPOL zu einer europäischen Bundespolizei ausgebaut werden, mit Zuständigkeiten im Bereich des internationalen Terrorismus, grenzüberschreitender Kriminalität und Menschenhandel. Dabei ist immer auf die strikte Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien in der Ermittlungsarbeit zu achten.

Faire Asylverfahren. Wir fordern die Anerkennung des Grundrechts auf Asyl. Jeder Mensch, der politisch verfolgt oder in seinen Menschenrechten bedroht wird, hat ein Recht darauf, sich durch Flucht und Migration aus einer hoffnungslosen Lage zu befreien. Eine europäische Agentur für Migration und Flüchtlinge, sowie einheitliche europäische Asyl- und Zuwanderungsgesetze müssen geschaffen werden. Die Asylverfahren müssen nach europäischen Standards und nicht in Auffanglagern stattfinden.

Stärkung des Rechtssystems. Zur Wahrung der Bürgerfreiheiten fordern wir eine verbindliche und einklagbare europäische Grundrechte-Charta, welche in allen Mitgliedsstaaten Gültigkeit besitzt, sowie die volle gerichtliche Überprüfbarkeit von EU-Gesetzen vor dem EUGH.

Konsumentenschutz und Konsumentenaufklärung sollen weiter verstärkt werden. Nur mittels Aufklärung und Deklaration entsteht wahre Konsumentensouveränität, die die weitere Qualitätssicherung und -steigerung von in Europa produzierten Gütern, insbesondere im Lebensmittelbereich, sichert.

Wir fordern engagiertere Bemühungen um die **Gleichstellung sexueller Minderheiten** in allen Lebensbereichen konsequent zu erwirken. Insbesondere soll die EU darauf hinwirken, dass die Nationalstaaten entsprechende Maßnahmen im Ehe-, Erb- und Adoptionsrecht setzten und sich Diskriminierte unbürokratisch an Hilfestellen wenden können.

4 Energie-, Klima- und Umweltpolitik

Ökologische Probleme wie der Klimawandel kennen keine Landesgrenzen und verlangen nach **gemeinsamen Lösungsansätzen**. Die EU soll aber nur bei solchen Umweltproblemen tätig werden, die nicht wirksam durch einzelne Nationalstaaten bekämpft werden können.

Wir fordern die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem **Kyoto-Protokoll** bei gleichzeitiger Erarbeitung eines Nachfolgeabkommens.

Der **europäische Emissionshandel** ist zu unterstützen und auf den Flug – und Straßenverkehr auszuweiten. Das Ziel muss ein weltweiter Emissionshandel sein. Die EU soll in internationalen Organisation auf die Einführung eines weltweiten Emissionshandels hinwirken. Firmen aus Drittstaaten, die sich noch nicht am Emissionshandel beteiligen, sollen die Zertifikate für jene Produkte, die sie in die EU exportieren, nachkaufen müssen. Dadurch kann verhindert werden, dass emissionsreiche Prozesse ins Ausland verlagert werden – mit allen Negativfolgen für die Umwelt und Wirtschaft.

Wir treten für einen langfristigen Ausstieg aus allen nicht erneuerbaren Energieträgern und einen vollkommenen **Umstieg auf klimaneutrale erneuerbare Energien** ein. Auf dieses Ziel muss durch eine Steigerung der Forschungsinvestitionen in diesem Bereichen hingearbeitet werden.

Da die komplette Umstellung dennoch einige Zeit beanspruchen wird, befürworten wir die **vorübergehende Nutzung moderner emissionsarmer Methoden der Energiegewinnung**. Im Falle der Nuklearenergie soll eine rationale Risikoabwägung an die Stelle ideologisch motivierter Justamentstandpunkte treten. Wir fordern, dass in allen Kernkraftwerken Europas zeitgemäße Sicherheitsstandards eingehalten werden und nicht modernisierbare Anlagen umgehend stillgelegt werden und Wiederinbetriebnahme ausgeschlossen wird.

Wir fordern eine mutigere Gesetzgebung bei der **Energieeffizienz**. Für die Emissionsobergrenze von PKWs ist nicht das Flottenmittel, sondern der tatsächliche Wert heranzuziehen. Auch sind Energieeffizienzprogramme für Wohn- und Geschäftsbauten (im Sinne von CEPHEUS) weiter zu verfolgen und auszubauen. Alibi-Maßnahmen wie dem Verbot von Glühfadenlampen stehen wir skeptisch gegenüber, wenn diese in erster

Linie zu einem Mehr an Regulierungen und keinem Mehr an Umweltschutz führen.

Wir befürworten den raschen **Ausbau transeuropäischer Verkehrswege** und legen besonderes Augenmerk auf Schienen- und Wasserstraßen.

Wir erkennen in der **Biodiversität** unseres Kontinents einen großen Reichtum. Unsere Wälder, Gebirge und Gewässer sollen nach den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit in einer Art und Weise bewirtschaftet werden, die sowohl eine regionale Wertschöpfung als auch einen langfristigen Erhalt des Artenreichtums verfolgt. Auch soll die Bedeutung von Mikroökosystemen für die Qualität unseres Lebensraumes erkannt und gefördert werden.

5 Ausbildungs-, Bildungs- und Hochschulwesen

Die **Qualitätssicherung** im Bildungswesen und **Vergleichbarkeit** der Abschlüsse sind weiter auszubauen. Internationalisierung der **Forschung und Lehre** durch verstärkte Austauschprogramme, und **Gleichbehandlung** aller Studierenden müssen gefördert werden. Auch europaweite Sprachprogramme, insbesondere der vermehrte Einsatz von Englisch als Arbeitssprache sind weiter voran zu treiben.

Wir unterstützen **grenzüberschreitende Projekte und Förderungen im Bildungsbereich**, da so Vorurteile abgebaut und europäische Freundschaften geschlossen werden können. Insbesondere fordern wir eine Fortführung und Ausweitung des Erasmus-Programms an Hochschulen und eine verstärkte Vermittlung von Schulpartnerschaften durch das Comenius-Programm.

6 Wirtschafts- und Finanzpolitik

Aus der Finanzkrise lernen. Die gegenwärtige Krise fordert entschlossenes Handeln auf europäischer und internationaler Ebene. Im Hinblick auf die Stabilität des europäischen Währungssystems sehen wir in den Maßnahmen zur Rettung des Bankensystems einen unter den gegebenen Umständen leider unvermeidlichen Schritt. Wir sprechen uns aber ausdrücklich gegen die Übernahme weiterer privater Unternehmen aus, da dies zu Wettbewerbsverzerrungen führt und die Krise noch weiter verschärft.

Klare Kompetenzentrennung. Sozial- und Beschäftigungspolitik soll Aufgabe der Nationalstaaten bleiben. Wir treten für eine Vielfalt von Sozialsystemen in Europa ein. Jedoch erachten wir eine Koordination der Sozialmodelle zur Wahrung und Förderung der Freizügigkeit innerhalb der europäischen Union für notwendig. Europaweite

Mindestlöhne sind abzulehnen, die Beibehaltung der unterschiedlichen Einkommens- und Körperschaftssteuermodelle in den Mitgliedsstaaten zu unterstützen. Wir treten für einen Wettbewerb der Steuersysteme ein und wenden uns gegen eine Vereinheitlichung.

Wir treten für einen **starken Binnenmarkt** ein. Deshalb fordern wir die strikte und unbedingte Einhaltung der Maastricht-Kriterien sowie die konsequente Anwendung der Sanktionsmechanismen, eine zeitliche Befristung und degressive Gestaltung aller Subventionen, insbesondere im Agrarbereich, sowie eine komplette Abschaffung der Tabaksubventionen.

Wir fordern eine **Stärkung des Europäischen Parlaments** durch eine Reform des EU-Haushalts. Das Europäische Parlament soll das alleinige Haushaltsrecht für die Einnahmen und Ausgaben erhalten. Die Einnahmenstruktur ist durch die Abschaffung der bisherigen EU-Eigenmittel und Beiträge zugunsten der Erhebung indirekter Steuern transparent zu gestalten.

Wir unterstützen die Bestrebungen der Europäischen Union im Hinblick auf Kartellrechtsverfahren und der Bekämpfung von wettbewerbsbeschränkenden Monopolen. Wir regen in dieser Hinsicht insbesondere die Schaffung eines **unabhängigen europäischen Kartellamtes** an.

Wir halten die Einführung des Euros für einen der bedeutendsten bisherigen Schritte der wirtschaftlichen und politischen Integration. Deshalb unterstützen wir auch die Erweiterung der Eurozone, so wie die eine weiterhin **unabhängige und weisungsungebundene Europäische Zentralbank**, die ausschließlich die Zielsetzung der Geldwertstabilität verfolgen sollte.

7 Forschung und Entwicklung

Europa ist ein **Standort des Wissens** mit einer blühenden Forschungslandschaft. In Punkto Innovation besteht allerdings immer noch akuter Handlungsbedarf. Wir bekennen uns zur „Lissabon-Strategie“, die Europa zur dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsregion der Welt machen will. Hierzu ist eine Neubewertung der derzeitigen forschungs- und technologiepolitischen Aktivitäten dringend notwendig.

Wir fordern eine **rationale Technologiefolgenabschätzung** sowie einen Zugang zur modernen Forschung, der auf Vernunft und nicht auf Vorurteilen basiert. Fusionsforschung, kerntechnische Sicherheitsforschung, Stammzellforschung und grüne Gentechnik, Bio- und Nanotechnologie dürfen nicht stigmatisiert, sondern müssen in wettbewerbsfähigen Verfahren unter transparenten Rahmenbedingungen gefördert werden. In diesen Bereichen sehen wir auch **dringenden Aufklärungsbedarf** in der

Bevölkerung.

Wir fordern einen **Abbau von bürokratischen Hindernissen, finanziellen Engpässen und ideologischen Hemmnissen**, die ForscherInnen ihre Arbeit erschweren. Dies gilt sowohl für die Vergabe von Forschungsgeldern wie die Unterstützung von Unternehmensgründungen aus dem F&E-Bereich heraus.

Wir unterstützen die Einrichtung des **Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT)** als ein Kondensationspunkt die Spitzenforschung, sowie die Einrichtung ähnlicher Institutionen, an denen leistungsstarke Menschen aus aller Welt unabhängig von ihrer Herkunft und ihren finanziellen Mitteln, Forschung auf höchstem Niveau vorantreiben können. Dies soll allerdings nicht auf Kosten der vorhandenen F&E - Einrichtungen und der Universitäten sein, sondern ergänzend dazu aufgebaut werden.

8 Jugendpolitik

Koordination und Ideentransfer. Im Bereich der Jugendpolitik übernimmt die Europäische Union zunehmend eine koordinierende Rolle, was wir unterstützen. Hauptsächlich muss hier allerdings das Prinzip der Subsidiarität zum Tragen kommen. Eine stärkere Beschäftigung mit Maßnahmen zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit, verbessertem Zugang zur Berufsbildung und nicht-formalem Lernen ist anzustreben und die Mobilität junger Menschen zu fördern.

Wir unterstützen die im „Europäischen Weißbuch Jugend“ vorgeschlagenen Prioritäten für die Jugendpolitik. Die **Partizipation von Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben** und auch in der politischen Mitgestaltung muss ausgebaut werden. Die Jugendpolitik so wie die in ihr tätigen Akteure soll stärker vernetzt werden, denn keine Bevölkerungsgruppe entwickelt sich so dynamisch wie die Jugendlichen.

Für die Freiwilligenarmee und freiwillige soziale Jahre. Weiters setzen wir uns europaweit für die Abschaffung der noch in einigen Ländern vorhandenen Wehrpflicht bzw. eines entsprechenden verpflichtenden sozialen Dienstes ein. Diese Zwangsverpflichtungen widersprechen dem Grundsatz der Wahlfreiheit, sind geschlechterdiskriminierend und in volkswirtschaftlicher Hinsicht widersinnig. Freiwillige Arbeit, wie zum beispielsweise bei Feuerwehren oder Rettungsdiensten, soll stärker gefördert, leichter zugänglich und auf neue Anwendungsgebiete ausgeweitet werden, dabei ist auch auf die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung der Arbeit zu achten.